Nr. 297.

12. Jahrgang.

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich, außer Montags.
Der Abonnementspreis (inkl. „Die Neue Welt“) beträgt: durch die Post bezogen (Nr. des Postkatalogs 3172) ohne Bringegeld vierteljährlich M. 4,20; durch die Kolportöre wöchentl. 36 ₰ frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 ₰. Sonntags-Nummer mit illustr. Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“ 10 ₰.
Verantwortlicher Redaktör: Gustav Wabersky in Hamburg.

Dienstag, den 20. Dezember 1898.

Anzeigen
werden die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 30 ₰, für den Arbeitsmarkt, Vermiethungs- und Familienanzeigen mit 20 ₰ berechnet.
Anzeigen-Annahme in der Expedition (bis 6 Uhr Abds.), sowie in sämmtl. Annoncen-Büreaus.
Redaktion und Expedition: Große Theaterstraße 44 in Hamburg.

Hierzu eine Beilage.

Auswärtige Politik und Arbeiterklasse.

Franzosenfresserei und Deutschenfresserei ist im letzten Vierteljahrhundert von den „patriotischen“ Heißspornen diesseits und jenseits des Rheins bis zum Ueberdruß und zum Ekel getrieben worden. Wenn die Franzosen dabei vielleicht etwas lauter waren, so liegt das im keltischen Temperament; andererseits hat es bei den Germanen an grober „Siegesklimmelei“ auch nicht gefehlt. Schon darum wirkt es wohlthuend, wenn in den französischen und deutschen Blättern eine Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland ernst besprochen wird, wie es in den letzten Tagen geschah, und wenn auch Blätter, die sich sonst in „patriotischen“ Schimpfereien gefielen, in einer solchen Annäherung die Anbahnung einer besseren Zukunft erblicken. Wir erwarten für den Augenblick nicht viel praktische Vortheile davon; immerhin ist dieser Umschlag der Stimmung, namentlich bei dem seine Wunden so schwer verschmerzenden Frankreich, von größerer Bedeutung, als das vergeckte Friedensmanifest des Zaren, das bereits dem Hohne der Zeitgenossen verfallen ist.

Daß die sogenannte „Revanche“ in Frankreich nur noch ein hohles Schlagwort war, ist bekannt. Indessen hatten die Franzosen stets als Bedingung einer Annäherung an Deutschland die Rückgabe von Elsaß-Lothringen aufgestellt. Diese beiden Provinzen blieben der Zankapfel zwischen beiden Ländern, und wenn die französische Presse heute erklärt, daß man auf der Rückgabe von Elsaß-Lothringen nicht mehr bestehe, so ist damit leider keine Bürgschaft gegeben, daß der „wiedergewonnene Bruderstamm“ später nicht doch wieder zum Zankapfel wird. Die Sozialdemokratie hat seinerzeit gegen die Art und Weise der „Angliederung“ der beiden Provinzen den entschiedensten Protest erhoben; nun aber steht man der Annektion als einer historischen Thatsache gegenüber, an der nichts zu ändern ist. Wenigstens sind wir die Letzten, welche wünschen, daß wegen dieser Provinzen noch einmal Blut fließen möchte. Aber welche Schädigungen haben sich Frankreich und Deutschland in dem verflossenen Vierteljahrhundert wegen dieser Annektion zugefügt! Welche Steigerungen haben die Kriegsrüstungen im Frieden überall durch die unglückselige Feindschaft zwischen Deutschland und Frankreich erfahren! Der Militarismus ist durch diese Feindschaft erst zu einem alle wirklichen Fortschritte hemmenden Machtfaktor geworden, und wenn die Chauvinisten diesseits und jenseits der Vogesen nun zu einer besseren Einsicht kommen, so haben wir dafür ein schweres, unserer Meinung nach zu schweres Lehrgeld bezahlt für eine Erkenntniß, die sich aus den einfachsten Vernunftgründen hätte ergeben sollen. Künftige Generationen werden dem „seligen“ Bismarck für die Annektion wenig Dank wissen und werden in dieser That, die faktisch den Militarismus auf die Spitze getrieben hat, keinen Beweis besonderen staatsmännischen Genies erblicken wollen.

Wenn wir also sehen, wie die von allen friedfertigen Menschen erwünschte Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland durch die Annektion von Elsaß-Lothringen so lange hinausgezögert wird, so muß dabei auch betont werden, daß die Franzosen auch noch durch besondere Einflüsse zur Annäherung an Deutschland getrieben worden sind. Das russische Bündniß, in das sich die kernfaule französische Bourgeoisie durch die Anrempelungen Bismarcks hat hineintreiben lassen, hat denn doch, wie vorauszusehen war, keinen Segen gebracht. Das offizielle Rußland hat den Geldbeutel der französischen Bourgeois reichlich in Anspruch genommen und die französischen Machthaber haben bei dem russischen Länderraub in Asien gewissermaßen „Schmiere gestanden“, wie es in der Gaunersprache heißt. Der englische Einfluß und Handel in Ostasien soll vernichtet werden, damit sich Rußland dort festsetzen und ausbreiten kann. Die Franzosen fürchten nun — und man kann nicht ermessen, wie weit diese Furcht begründet ist — England werde, wenn ihm die russische Brutalität zu weit geht, sich auf die französische Flotte stürzen, die natürlich der englischen nicht gewachsen ist und von der man befürchten muß, daß sie von der gewaltigen englischen Schlachtflotte ebenso vernichtet wird, wie die spanische von der nordamerikanischen. Dann würde, so fürchtet man, England sich an dem Alliirten Rußlands für seine Verluste in Ostasien schadlos halten und die französischen Kolonien wegnehmen. Darum sucht Frankreich zur Zeit eine Annäherung an Deutschland, das sich vor Kurzem bekanntlich auch England genähert hat. Das russische Bündniß ist bei einem Kampfe mit England für die Franzosen von keiner entscheidenden Bedeutung. Es ist dies Bündniß hauptsächlich gegen Deutschland geschlossen worden und nun, während sich die Verhältnisse der Mächte unter einander fortwährend ändern, schlägt die Sache fast in ihr Gegentheil um!

Was in Deutschland geschehen wird, ob und wie weit man den Franzosen entgegenkommen will, das wissen nur die Herren Diplomaten, die über die Köpfe des gesammten Volkes und der Volksvertretung hinweg Verträge mit den anderen Mächten schließen! Gelegentlich sind die Herren auch so gütig, einige Brocken von ihrem Tische fallen zu lassen, damit die Völker einmal eine Kleinigkeit von dem erfahren, was in den diplomatischen Regionen vorgeht. Herr von Bülow hat in seiner Rede im Reichstage, in welcher er die Beziehungen des Deutschen Reiches zu den anderen Mächten darlegte, sich über England und Frankreich diplomatisch ausgeschwiegen, nur über die Orientreise des Kaisers hat er sich ausführlich verbreitet. Zugleich hat er aber betont, daß der Dreibund noch voll und ganz bestehe. Das ist wohl mehr Schönreuerei, denn die Russen haben die Bismarck'sche Praktik der Sonderverträge befolgt und einen solchen mit Oesterreich abgeschlossen. Dadurch ist der Dreibund nicht mehr, was er war, und wenn Deutschland und Frankreich sich annähern, so ist er es erst recht nicht mehr.

Das ist zur Zeit die europäische Situation; ein Krieg zwischen England und Frankreich könnte sich indessen leicht zu einem Weltkrieg auswachsen. Hoffen wir, daß es vermieden wird und daß die alte Feindschaft zwischen Frankreich und Deutschland schwindet. Diese Feindschaft bestand indessen nur zwischen den herrschenden Klassen; die Völker haben sich nie von selbst befehdet, wenn sie auch den herrschenden Klassen in den Krieg folgen mußten. Der Zustand, daß die auswärtige Politik nur von den herrschenden Klassen und den mit ihnen im Einverständniß befindlichen Regierungen gemacht wird, ist ein rückständiger und entspricht nicht den Anforderungen der Zeit. Das Volk, die Arbeiter haben in diesen Dingen mitzusprechen und die Arbeiterklasse wird sich die dazu erforderliche Macht erkämpfen. Die veralteten Traditionen, nach denen die Organe der Regierungen in der auswärtigen Politik zu handeln pflegen, können in unserer Zeit nicht mehr bestehen. Die alte Weisheit ist zu Ende. Das beweist die Thatsache, wie die Deutschen mit der Annektion von Elsaß-Lothringen, die Franzosen mit der russischen Allianz geschädigt worden sind; es beweist dies auch die Thatsache, daß nichts Festes mehr geschaffen werden kann und das Verhältniß der Mächte jeden Augenblick wechselt. Hat die Arbeiterklasse auch Einfluß auf die äußere Politik, dann kommen sich die Völker rasch näher und nur so können dauernde, friedliche Zustände aufgebaut werden, nicht aber an den grünen Tischen der Diplomatie.

Von der Weltbühne.

Abwiegelung. Die „Norddeutsche Allgem. Ztg.“ bringt folgende offiziöse Erklärung:

„Einige Organe der freisinnigen und sozialdemokratischen Presse beschäftigen sich heute mit einem angeblich in Aussicht stehenden neuen Flottenplan. Wir sind in der Lage, auf das Bestimmteste festzustellen, daß an keiner Stelle die Vorlage eines neuen Flottenplanes oder eine Abänderung des Flottengesetzes beabsichtigt wird. An der ganzen Sache ist kein wahres Wort.“

Derartige offiziöse Versicherungen sind nicht ernst zu nehmen. Daß „an der ganzen Sache kein wahres Wort ist“, haben die offiziösen Beschwichtigungsräthe schon gar oft behauptet. Da hat man immer nur fragen können: auf wie lange? Die Berliner „Volks-Ztg.“ meint: „Wer bürgt der „Nordd. Allgem. Ztg.“ dafür, daß über Nacht nicht wahr wird, was heute noch als unmöglich erklärt wird?“ Und die „Voss. Ztg.“ erklärt: „Wenn diese Worte eine Brücke sein sollen, so fürchten wir, werden nicht Viele ihrer Tragkraft vertrauen und darüber hinweggehen.“

Auch die „Freis. Ztg.“ ist nicht geneigt, der Versicherung des offiziösen Blattes ohne Weiteres Glauben zu schenken. Sie schreibt:

„Warum hat denn, als Abg. Lieber am Donnerstag im Reichstag die anwesenden Regierungsvertreter scharf provozirte gegenüber den Behauptungen Bebels über die Möglichkeiten einer Flottenvermehrung, Niemand das Wort ergriffen und dasselbe erklärt, was wir jetzt in der „Nordd. Allg. Ztg.“ lesen? Allzuviel Vertrauen wird auch die Erklärung der „Nordd. Allg. Ztg.“ nicht hervorrufen; denn abgesehen davon, daß für die Richtigkeit derselben nur der Redaktör der „Nordd. Allg. Ztg.“ verantwortlich ist, erinnert man sich auch noch, daß nach 1896 die Tirpitz'schen Flottenpläne auf das Bestimmteste in Abrede gestellt wurden, nachher aber, als Herr Tirpitz Staatssekretär der Marine wurde, alsbald zur Ausführung gelangten. Daß zur Zeit eine Absicht, über den Plan des Flottengesetzes hinauszugehen, besteht, war auch im Reichstag nicht behauptet worden.“

Die „Frankf. Ztg.“ führt aus:

„Man muß es bei ruhiger Erwägung allerdings für ausgeschlossen halten, daß vor Ablauf der Dauer des jetzigen Flottengesetzes, das die Werften vollauf beschäftigt, noch ein neuer und natürlich erweiterter Plan auftauche. Das ist aus verschiedenen Gründen nicht denkbar und es müßten dann auch vorher einige der Personen, die die Verantwortung für das letzte Flottengesetz übernommen haben, ihre Stellen räumen. Ebenso sicher aber ist, daß nach Ablauf des jetzigen Flottengesetzes Forderungen für eine weitere Vermehrung kommen werden. Für diese Stimmung zu machen, ist ja die Aufgabe der Flottenvereine und der von diesen und von anderen Freunden der Marine in ungewöhnlicher Ausdehnung und mit großem Geschick betriebenen Werbung. Es ist seit langer Zeit für keine Idee eine so umfangreiche und planvolle Propaganda in der Presse, in Broschüren und, was nicht zu unterschätzen ist, in Familienblättern, in illustrirten Journalen und in der erzählenden Literatur gemacht worden, wie für die Parole, daß Deutschlands Zukunft auf dem Wasser liege. Die Wirksamkeit der Propaganda wird wesentlich auch davon abhängen, ob unsere gesammte Politik, namentlich auch die Handelspolitik, in wohlverstandener Uebereinstimmung mit dieser Parole geleitet wird.“

Wir sind überzeugt, daß die weitere Vermehrung schon vor Ablauf des jetzigen Flottengesetzes kommen wird.

Der „Vorwärts“ hat am Sonnabend die Behauptung Bebels im Reichstag dahin erläutert, daß durch die Palästinareise die vorher bestandenen Flottenpläne in's Stocken gerathen seien, und daß nach der Rückkehr von der Reise Fürst Hohenlohe es entschieden abgelehnt habe, die Hand zu bieten zu Plänen, welche nicht im Einklang ständen mit dem Flottengesetz.

Wie übrigens von verschiedenen Seiten mitgetheilt wird, hat der Kaiser dem Reichstag eine neue Wandtafel deutscher Kriegsschiffe verliehen. Diese Tafel ist nach der „Post“ unter Mitwirkung des Marinemalers Willi Stöwer gearbeitet. Sie zeigt in kolorirter Lithographie eine Seitenansicht und den Durchschnitt des Linienschiffes „Kaiser Friedrich III.“, des Kreuzers „Geyer“, der beiden großen Kreuzer „Fürst Bismarck“ und „Freya“, sowie zwei Torpedoboote.

Die Schenkung solcher Bilder hat bisher immer als Vorzeichen gegolten für die demnächstige Vorlage neuer Flottenpläne.

Die Ausweisungspolitik. Die von der „Voss. Ztg.“ ausgesprochene Vermuthung, daß Herr v. Köller für seine Ausweisungspolitik keinen Rückhalt an entscheidender Stelle habe und daß die Nothwendigkeit seines Rücktritts erwogen werde, ist bekanntlich offiziös in der „Nordd. Allgem. Zeitung“ als jeder Begründung entbehrend bezeichnet worden. Diese Versicherung wird auch von anderen offiziösen Stimmen gegeben. Herr v. Köller hat, woran wir nie gezweifelt haben, das preußische Staatsministerium hinter sich. Ein Berliner Korrespondent der „Frankf. Zeitung“ glaubt, daß Köllers „staatsmännische Laufbahn“ in Schleswig nicht ihr Ende finden wird. Er bemerkt dazu:

„Wer sich der näheren Umstände erinnert, unter denen s. Zt. der Rücktritt des Herrn v. Köller vom Ministerium des Innern durch das Staatsministerium herbeigeführt und vom Kaiser nur sehr ungern zugestanden worden ist, der kann nicht zweifeln, daß er an der schließlich entscheidenden Stelle persona grata und gewissermaßen nur zeitweise in die Reserve gestellt worden ist. Daß ihm im Reichstage vom Bundesrathstisch kein Vertheidiger erwuchs, war auffällig und läßt gewisse Schlüsse zu, aber die Gründe dafür sind leicht aufzufinden. Seine Ausweisungen wären vor der Mehrheit des Reichstages schwer zu vertheidigen gewesen und die Minister, die im Reichstage zu sprechen gehabt hätten, mögen keine besondere Lust dazu gefühlt und den formellen Vorwand gern benutzt haben, daß die Sache eigentlich vor den preußischen Landtag gehöre. Dort liegt die Sache anders. Herr v. d. Recke, der sie dort zu vertheidigen haben wird, ist der Mehrheit sicher und er wird gewiß auch im Namen des Staatsministeriums sprechen können; denn nach einer bekannten Erklärung des Fürsten Hohenlohe ist dieses, wenn es vor die Oeffentlichkeit tritt, einig. Es ist ein Irrthum, zu glauben, daß bei uns Mitglieder einer Regierung, die in solchem Falle nicht einig sind, so unklug wären, mit ihrer abweichenden Auffassung hervorzutreten.“

Die Regierung scheint allerdings zu glauben, daß sie in Sachen der Schleswiger Ausweisungen im preußischen Landtage leichteres Spiel haben werde, als im Reichstage. Sie dürfte sich aber irren. Der Landtagsabgeordnete Hanssen, der Leiter des Protestblattes „Hejmdal“, theilt mit, daß Ende Januar eine Interpellation über die Ausweisungen im Landtage eingebracht werden wird, und die Oppositionsparteien haben sich, ohne Anregung von dänischer Seite, bereit erklärt, diese zu unterstützen. Der dänische Abgeordnete empfiehlt seinen Parteigenossen, bis dahin eine abwartende Haltung einzunehmen, damit die Regierung vorher erklären könne, ob sie den letzten Auswüchsen der Ausweisungspolitik zustimme.

Der frühere Oberpräsident von Steinmann, der durch eine sechszehnjährige Wirksamkeit die Dinge in der Nordmark auf's Genaueste kannte, sagte unmittelbar vor seinem Scheiden aus dem Amte im Januar vergangenen Jahres zu den Leitern der deutschen Bewegung:

„Vergessen Sie niemals in dem Kampfe, der ja leider geführt werden muß, daß die Gegner Unterthanen des preußischen Staates sind, also unsere Mitbürger. Lassen Sie neben der Thatkraft und dem zielbewußten Streben die Milde walten. Kämpfen Sie ohne Beleidigung, Verletzung und Härte, denn es muß unser Bestreben sein, die Gegner zu uns herüberzuziehen, sie zu versöhnen und zu guten Deutschen zu machen.“

Man vergleiche mit diesen Worten seines Vorgängers die Praxis des Herrn v. Köller.

Der Boykott, welchem der deutsche Handel in Folge der Ausweisungen ausgesetzt ist, greift bereits über Dänemark hinaus auf den gesammten skandinavischen Norden über. Aus Aas in Norwegen hat eine Berliner Firma folgende Absage erhalten:

„Nach dem Verhalten der königlich preußischen Regierung gegen die in Nordschleswig wohnenden skandinavischen und namentlich dänischen Unterthanen zu urtheilen, betrachtet die genannte Regierung die bloße Existenz einer dänischen Nationalität und in Anwendung auf das Individuum die bloße Thatsache, als Däne geboren zu sein, als ein Verbrechen. Unter solchen Umständen ist anzunehmen, daß es der königlich preußischen Regierung nur unangenehm sein kann, wenn Skandinavier, und besonders geborene Dänen, mit preußischen Staatsangehörigen geschäftlich verkehren. . . . Unter den gegenwärtigen Verhältnissen müssen wir uns veranlaßt sehen, die Bezugsquelle für unsere Bedürfnisse in Ländern zu suchen, deren Regierung das Völkerrecht einigermaßen zu respektiren im Stande ist.“

Die „Kreuzzeitung“ hat nunmehr glücklich herausgebracht, daß die demokratische Presse durch ihre Kritik der preußischen Ausweisungen deren schädliche Rückwirkung auf die Industrie verschuldet habe und die ausländischen Firmen gradezu ermuthigt, sich dem Boykott anzuschließen. Diese Behauptung steht ganz auf der Stufe der staatsmännischen Einsicht konservativer Organe, die schon eine Erörterung auswärtiger Angelegenheiten im Reichstage „komisch“ finden. Man braucht sich gar nicht zu wundern, wenn das Junkerblatt nächstens „nachweist“, daß die Ausweisungen selbst lediglich das Werk der Oppositionspresse sind.

Die Ausweisungen galizischer Arbeiter werden der „Kattow. Ztg.“ zufolge in letzter Zeit besonders streng durchgeführt. So wurden erst vor einiger Zeit einem Kattowitzer Herrn, der stets eine größere Anzahl Galizianer beschäftigt, sämmtliche Arbeiter ausgewiesen.

Kaiserlicher als der Kaiser sich zu geberden „um möglichst bald in die Regierung zu kommen“, — diesen Vorwurf erhebt die „Köln. Ztg.“ gegen den konservativen Heißsporn Graf Klinkowström rücksichtlich seines Antrages betreffend den „Verrath von Staatsgeheimnissen“. Das Blatt führt dazu aus:

„Der Graf will offenbar mit Hülfe des Strafgesetzbuches gegen die Verhökerung von amtlichen Aktenstücken an die Presse und gegen die sozialdemokratische Gewohnheit, geheime Aktenstücke zu veröffentlichen, vorgehen; er scheint nur zu übersehen, daß er sich damit in Dinge einmischt, deren Förderung ihm als Volksvertreter schwerlich obliegt. Unseres Erachtens ist es in erster Linie Sache der verbündeten Regierungen, darüber zu wachen, daß die Aktenstücke, deren Geheimhaltung sie für nothwendig halten, auch wirklich geheim bleiben, und die erforderlichen Schritte zu thun, den gesetzlichen Schutz der Geheimhaltung zu verstärken, falls er sich nicht als ausreichend herausstellen sollte. Die Regierungen haben bisher eine solche Ergänzung der Gesetzgebung nicht für nothwendig erachtet und zwar offenbar aus dem Grunde, weil es ihnen nicht an entsprechenden Strafbestimmungen, sondern vielmehr an der Möglichkeit gefehlt hat, die ungetreuen Beamten zu ermitteln. Ein Beamter, der ein geheimes Aktenstück widerrechtlich der Presse übergiebt, kann schon heute auf's Nachdrücklichste und Empfindlichste bestraft werden. Eine Verschärfung dieser Strafen hat sich bisher nicht als nothwendig herausgestellt. Dagegen ist es unseres Wissens bisher noch nicht ein einziges Mal gelungen, einen dieses Verraths schuldigen Beamten zu ermitteln“.

Richtig. Es darf aber nicht verschwiegen werden, daß die „Köln. Ztg.“ ein ganz besonderes Interesse daran hat, so zu schreiben, denn sie hat in Erhökerung von amtlichen Aktenstücken schon Bedeutendes geleistet.

Die Errichtung von Arbeitsnachweisen betr., haben die Abgeordneten Rösicke-Dessau und Dr. Pachnicke im Reichstag einen Antrag eingebracht, der die Vorlegung eines Gesetzentwurfs fordert, durch welchen bestimmt wird, daß auf Antrag und nach Anhörung einer entsprechenden Anzahl betheiligter Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Gemeinden bezw. weitere Kommunalverbände, insoweit innerhalb ihrer Bezirke kommunale oder gemeinnützige Arbeitsnachweise, welche den Vorschriften des zu erlassenden Gesetzes und den örtlichen Bedürfnissen entsprechen, nicht vorhanden sind, durch die Landes-Zentralbehörde zur Errichtung und Unterhaltung solcher Arbeitsnachweise angehalten werden können; durch welchen ferner bestimmt wird, daß an der Verwaltung solcher Arbeitsnachweise Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in gleicher Zahl unter dem Vorsitz eines Unparteiischen zu betheiligen sind.

Wahlproteste. Innerhalb der 10tägigen Frist für die Einreichung von Wahlprotesten sind im Reichstage im Ganzen 76 Proteste eingegangen. Außerdem sind von den Abtheilungen vier Wahlen für zweifelhaft erklärt worden, so daß im Ganzen der Wahlprüfungs-Kommission 80 Wahlen zur Prüfung überwiesen sind, gegen 100 in der vorigen Legislaturperiode.

Zentrum und Byzantinismus. In der ultramontanen „Märkischen Volks-Ztg.“ liest man u. A.:

„So trocken und gedrückt die Etatsdebatte im Allgemeinen auch verlief, so könnte man ihr doch gar manche interessante Momentbilder noch nachträglich entnehmen. Eines der markantesten war jedenfalls das Verhalten des größten Theiles des Hauses einer Bemerkung des Abg. Bebel gegenüber. Als dieser am Donnerstag in seiner 2½stündigen Rede u. A. darauf hinwies, daß der einzige, dem Reichstage verantwortliche Beamte, der Reichskanzler, anstatt hier im Hause anwesend zu sein, um demselben Rede stehen zu können, zur Saujagd nach Hannover gereist sei, entstand weit über die sozialdemokratischen Bänke hinaus lebhafte Erregung, die sich auch in kräftigen Worten Luft machte. Man kann sich denken, wie peinlich der Vertreter des Reichskanzlers, Graf Posadowsky, diese Situation empfunden haben muß. Der Vorgang wirft ein scharfes Licht auf die „Werthschätzung“, welche die Volksvertretung an gewissen Stellen genießt. Und dann auf der anderen Seite der Byzantinismus, der von Tag zu Tag mehr um sich greift... Leider kann nicht geleugnet werden, daß die Volksvertretung selbst einen Theil der Schuld an diesen Dingen trägt, denn wenn man sehen muß, wie so manche der Tribunen vor Glück strahlen, wenn irgend ein Geheimrath oder gar ein Staatssekretär und Minister sie eines Grußes oder eines Händedruckes würdigt, wie ihre Blicke schmachtend zu den Bundesrathstischen sich erheben, um ein gnädiges Lächeln zu erhaschen — von Anderem nicht zu reden — dann müßte es mit Wunderdingen zugehen, wenn in den oberen Regionen Achtung vor solchen Vertretern der Nation zu finden wäre.“

Ja leider, die byzantinische Erbärmlichkeit ist längst heimathberechtigt im deutschen Reichstage. Aber das ultramontane Blatt möge sich sagen lassen, daß auch im Zentrum der Byzantinismus stetig zunimmt, seitdem dasselbe „Regierungspartei“ geworden und mehr und mehr in die Lage gekommen ist, „aus der Schüssel mitzuessen“.

Polen und Sozialdemokraten. Unter dieser Stichmarke macht folgende Notiz durch nationalliberale Blätter die Runde:

„Das Zentrum hat das Menschenmögliche für die Polen gethan: es hat sie bei den Wahlen unterstützt und es hat gegen alle auf Abwehr des Polenthums gerichteten Maßregeln jederzeit Stellung genommen. Den Polen aber genügt das noch nicht, sie möchten vielmehr, daß das Zentrum überhaupt seine ganze Politik nach den Zielen und Zwecken des Polenthums einrichtet. Deshalb verübeln sie es dem Zentrum sehr, daß es jetzt im Großen und Ganzen eine regierungsfreundliche Politik verfolgt. Der „Goniec“ schlägt seinen Landsleuten vor, vom Zentrum abzurücken und sich den — Sozialdemokraten zu nähern. Dieser Vorschlag zeigt wiederum, daß bei den Polen die radikale Richtung immer mehr überhand nimmt. Welch' ein Unterschied zwischen der Zeit, wo Herr von Koscielski am preußischen Hofe persona gratissima war, und der Gegenwart, wo man mit der Sozialdemokratie liebäugelt.“

Na, geliebäugelt mit der Sozialdemokratie haben sie alle schon, die staatserhaltenden Parteien: Konservative und Agrarier, Zentrum und Nationalliberale ꝛc. Insbesondere sei erinnert an die Agrarbemagogen, die schon öfter öffentlich mit der „Hinwendung zur Sozialdemokratie“ gedroht haben. Selbst Bismarck hat sich des Liebäugelns mit der „Umsturzpartei“ nicht enthalten können. Aus solcher Komödie Hinneigung zur radikalen Richtung zu folgern, ist lächerlich. Die Sozialdemokratie hat dafür immer nur berechtigten Spott gehabt.

Die Agrarier schreien, einerlei ob für sie Grund zur Klage vorhanden ist oder nicht. Bei der Etatsberathung behauptete der frühere Oberpräsident von Ostpreußen, Graf Stolberg, daß die östlichen Provinzen durch die Invaliditäts- und Altersversicherung in unerträglicher Weise hoch belastet seien. Nach den Rechnungsergebnissen der Versicherungsanstalten sind die Anstalten in einer Nothlage, d. h. sie haben nicht die Fonds ansammeln können, die als Kapitaldeckung für die bewilligten Renten erforderlich sind. Hierdurch ist jedoch keine übergroße Belastung der Versicherten und der Unternehmer eingetreten. Denn diese haben nur wenig mehr zahlen müssen, als in Form von Renten zurückgezahlt worden ist. Die Zahl und Höhe der bewilligten Renten werden es nöthig machen, die Beiträge zu erhöhen. Ueber zu große Belastung können dagegen eher die industriellen Kreise klagen, denn in deren Versicherungsanstalten stehen Beiträge und Renten in einem argen Mißverhältniß. Hier werden erheblich mehr Beiträge eingezogen, als in Anbetracht der Renten erforderlich wäre. Die Nothlage der Versicherungsanstalten in ländlichen Bezirken wird dadurch verschärft, daß erheblich weniger Beiträge bezahlt werden, als nach der Zahl der Versicherten entrichtet werden sollten.

Im Durchschnitt des ganzen Reichs nimmt man an, daß etwa 43 Wochenbeiträge auf jeden versicherungspflichtigen Arbeiter bezahlt werden. In einer Berechnung, die für Westpreußen in dem Jahresberichte für 1897 angestellt wird, werden aber nur 36 Wochenbeiträge zu Grunde gelegt. In Westpreußen entfallen auf die erste Lohnklasse (14 ₰) 43,38 v. H., auf die zweite Lohnklasse (20 ₰) 41,78 v. H., auf die dritte (24 ₰) 10,20 v. H. und auf die vierte Lohnklasse (30 ₰) nur 4,64 v. H. der Beiträge; der Wochenbeitrag stellt sich durchschnittlich auf 18 ₰. Wenn man nun die wirklichen Einnahmen aus jedem Kreise der Provinz Westpreußen vergleicht, mit dem, was nach der Durchschnittsberechnung einkommen müßte, so ergiebt sich Folgendes: Im Kreise Berent müßten nach der Zahl der Versicherten bei 36 Wochenbeiträgen zu 18 ₰ M. 69 153 einkommen, während in Wirklichkeit nur M. 31 119, also M. 38 034 oder 55 v. H. zu wenig eingekommen sind; im Kreise Carthaus sind M. 30 239 eingekommen, während M. 89 510 hätten einkommen müssen, also M. 59 171 oder 66 v. H. zu wenig; im Kreise Putzig sind statt M. 35 438 nur M. 16 015, also M. 19 423 oder 55 v. H. zu wenig eingekommen. Im ganzen Regierungsbezirke Marienwerder sind statt der berechneten M. 1 275 844 nur M. 1 012 092 eingenommen, also M. 263 753 oder 21 v. H. zu wenig.

Im Regierungsbezirke Danzig gleichen ja allerdings die sechs Kreise Stadt Danzig und Umgegend, Dirschau, Marienburg und Elbing und Umgegend den Minderbetrag reichlich aus; sie liefern gegenüber dem Fehlbetrage der fünf ländlichen Kreise, der sich auf M. 158 274 stellt, ein Mehr von M. 299 239, aber das reicht noch nicht aus, um für die ganze Provinz Westpreußen das rechnungsmäßige Defizit zu beseitigen; es bleibt immer noch ein Fehlbetrag von M. 122 787 oder 7 v. H. bestehen. Und das ergiebt sich bei der Annahme von nur 36 Arbeitswochen!

Hierbei ist freilich zu bedenken, daß ein erheblicher Theil der Landarbeiter im Sommer nach dem Westen zieht. Diese Leute werden im Osten mitgezählt, kommen aber als Beitragzahler nicht mit in Betracht, weil sie während der Zeit, in welcher sie arbeiten, in anderen Provinzen sich aufhalten, wo sie auch ihre Beiträge entrichten müssen. Freilich fällt nicht die ganze Anzahl der Sachsengänger aus, weil ein großer Theil wieder durch russische Arbeiter ersetzt wird, die auch Beiträge zahlen müssen, die aber wegen ihres nur vorübergehenden Aufenthalts als Rentenempfänger nicht in Frage kommen.

Wie steht es nun aber in Westpreußen mit den Leistungen? Stellt man der Summe der im Jahre 1897 gezahlten Beiträge den Kapitalwerth der in demselben Jahre bewilligten Renten gegenüber, so ergiebt sich, daß im Kreise Berent den M. 31 119 Beiträgen M. 43 485 Rentenwerth gegenüberstanden, in Danzig dagegen bei M. 390 303 Beiträgen nur M. 199 126 Kapitalwerth der Renten; im Landkreise Danzig-Niederung standen M. 22 354 Beiträge gegen M. 75 029 Rentenkapital: im Ganzen betrugen in 12 von den 27 Kreisen Westpreußens die bewilligten Renten dem Kapitalwerthe nach erheblich mehr als die gezahlten Beiträge!

Die „Berl. Volks-Ztg.“ bemerkt dazu durchaus richtig: „Kann man bei einem solchen Verhältnisse wirklich ernsthaft davon sprechen, daß die ländlichen Distrikte bei der Invalidenversicherung überlastet seien, wo doch offenbar hier in Westpreußen nur die Beiträge aus den Städten Danzig, Elbing, Dirschau, Marienburg und Thorn es möglich machten, daß auf dem Lande so viel Invaliden- und Altersrenten bewilligt werden konnten, ohne daß für die ganze Provinz ein Defizit entstanden wäre?! Dem Erlös aus Beitragsmarken von M. 2 052 995 steht für die Provinz Westpreußen ein Kapitalwerth der 1897 bewilligten Renten von M. 1 947 139 gegenüber.

„Wenn die Invalidenversicherung so gestaltet würde, daß Industrie und Landwirthschaft dafür gesondert organisirt würden, dann würde nach dem Maßstabe der jetzigen Beiträge und Leistungen die landwirthschaftliche Versicherung sehr bald bankerott werden. Jetzt wird durch die Beiträge der Industriearbeiter allein die Zahlung der Renten an die Invaliden der Landwirthschaft möglich.

„Was sagt der Abgeordnete Graf Stolberg nun? Mindestens wird er, so hoffen wir, bei der nächsten besten Gelegenheit seinen Irrthum von derselben Stelle aus berichtigen, von der aus er ihn hat in die Welt gehen lassen.“

Die Vorherrschaft des „Adels“. In der letzten Zeit haben bürgerliche Blätter sich mit der Thatsache beschäftigt, daß der Adel im Heer und Verwaltung ungebührlich vorherrscht. Eine offiziöse Korrespondenz hat diese Thatsache bestritten. Jetzt veröffentlicht die „Kreuzzeitung“ einen Artikel „aus der Provinz“, der die Thatsache nicht in Abrede stellt, sondern erklärt: die Bevorzugung des Adels beruhe „einfach“ auf der von Darwin entwickelten Theorie der Anpassung und Vererbung von Eigenschaften!!! Man lese und staune:

„Nicht die Zugehörigkeit zum Adel ist es, welche es bewirkt, daß die Edelleute im Heere und in der Verwaltung so stark vertreten sind, sondern die Eigenschaften, die ihnen innewohnen und die von der Bevölkerung auch anerkannt werden!!! Die Aemter fallen auch dem Adel nicht unverdientermaßen in den Schooß, und was die Erziehung zu einem bestimmten Zweck, was die Familientradition ausmacht, finden wir auch in den großen Erfolgen der jüdischen Börsen- und Finanzaristokratie, bei den Handels-Patriziern und bei der aus Gelehrtenfamilien stammenden Geistesaristokratie. Erkennt man die guten Eigenschaften dieser an, so muß man auch die des Adels anerkennen, und grade die Verdienste, die der preußische Adel sich um unser Vaterland und um die deutsche Nation erworben hat, sollte man doch nie vergessen, sondern des Bewußtseins sich freuen, daß der Adel auch in Zukunft seine traditionellen Aufgaben pflichtreu und opferwillig erfüllen wird.“

Dieser Humbug aristokratischer Hochmuthstollheit geht selbst der zahmen „National-Zeitung“ über die Hutschnur. Sie höhnt:

„Was die Erklärung auf Grund der Darwin'schen Descendenzlehre betrifft, so ist allerdings die Berufung auf eine angeblich ähnliche Erscheinung in der „Finanz-“ und „Geistesaristokratie“ keineswegs zutreffend; es ist nicht die Regel, sondern eine Ausnahme, wenn die Söhne hervorragender Männer der Handels- und der wissenschaftlichen Welt wieder Hervorragendes auf diesen Gebieten leisten; nur zu oft haben sie in unserer Zeit sogar die Neigung, „Junker zu lernen“. Somit ist die Erscheinung, daß hervorragende Befähigung zum Landrath und zum Regierungspräsidenten sich, dem provinzialen Mitarbeiter der „Kreuzztg.“ zufolge, vererbt, offenbar eine ganz singuläre, deren Erklärung wir Herrn Professor Häckel dringend an's Herz legen. Bis uns aus Jena bessere Belehrung zukommt, vermuthen wir, daß in diesem Falle das missing link, welches Alles aufklären würde, im — Ministerium des Innern zu finden wäre, wenn man dort die für solche Studien erforderlichen Ausgrabungen vornehmen könnte.“

Wir wollen hinzufügen, daß der preußische Adel, so lange er existirt, immer nur das Vaterland infam geschädigt hat.

Ein Mißtrauensvotum für die bairischen Minister wegen des obersten Militärgerichtshofes kündigt zur bevorstehenden Landtagssession die neugegründete klerikale „Neue Baierische Zeitung“ an. Die Minister seien die Schuldigen, die Krone stehe erhaben da, nach ihrem Willen wäre es anders gegangen.

Ein Münchener Korrespondent der „Frankf. Ztg.“ bemerkt dazu: „Daß die Frage im Landtage zur Besprechung kommt, ist selbstverständlich. Aber an das Mißtrauensvotum glaubt der nicht, der unsere Zentrumshelden kennt. Es ist sehr zweifelhaft, ob es über eine akademische Erörterung hinausgeht, namentlich ob die Zentrumspartei die Regierung so hart anfaßt, wie die „Neue Baierische Zeitung“ ankündigt. Einzelne Abgeordnete werden schon starke Worte gebrauchen, aber zu einer Staatsaktion im großen Stil ist heute noch keine Aussicht.“

Der dolus eventualis im Vereinsleben. Ein Bürger der Stadt Moschin hatte, so wird der Berliner „Volks-Ztg.“ geschrieben, mittels Umlaufschreibens eine Anzahl von Bürgern zu sich gebeten. Es sollte Beschluß gefaßt werden über die Anmeldung einer Versammlung von Wählern für die Abgeordneten- und Stadtverordnetenwahlen. Das geschah auch, doch wurde die A